

Gemeinden fordern neue Studie

STROMNETZAUSBAU: Beeinträchtigungen für Bürger sollten berücksichtigt werden

Die Gemeinden Colnrade, Prinzhöfte und Winkelsett wollen Folgen für die Bevölkerung untersuchen lassen. Die bisherigen Gutachten klammern diesen Bereich bis jetzt aus.

VON SVEN KAMIN

HARPSTEDT – Der Streit um den Ausbau des Stromversorgungsnetzes des Energierversorgers Eon geht weiter. In einem gemeinsamen Brief an

das Niedersächsische Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bezeichnen die Bürgermeister der Gemeinden Colnrade, Prinzhöfte und Winkelsett, Hiltraud Lindemann, Herwig Wöbs und Gerd Weidenhöfer, die bis jetzt erstellten Gutachten als unzureichend.

Bis dato seien lediglich betriebswirtschaftliche, technische und umweltfachliche Aspekte der verschiedenen Übertragungssysteme untersucht worden. Das reiche für einen objektiven Vergleich nicht aus, heißt es in dem Schrei-

ben. Die Gemeinden fordern ein neues Gesamtgutachten, bei dem auch volkswirtschaftliche Kriterien berücksichtigt werden sollen.

Einige Aspekte, die eine solche neue Untersuchung beinhalten sollte, sei der entstehende wirtschaftliche Schaden durch die dauerhafte Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der damit einhergehende Wertverlust bei Grundstücken und Immobilien. Auch die negativen Auswirkungen im Tourismus- und Erholungsbereich sowie die Beeinträchtigung der Vogelwelt sollten Gegenstand ei-

nes gesamtwirtschaftlichen Gutachtens sein.

Anstoß für die Forderung der Gemeinden gab das Vergleichsgutachten vom Institut „Forwind“, das unlängst vorgelegt wurde. Das Gutachten stelle klar, dass für die Stromübertragung alle drei zur Verfügung stehenden Leitungsarten, Freileitung, Kabel und unterirdische Gasisolierte Leitungen (GIL), gleichermaßen geeignet seien. Die Bürgermeister meinen, dass gerade die GIL eine Technik sei, die hier Anwendung finden sollte, da sie umwelt- und gesundheitschonend sei.